

OWL

17.02.2013

Zivilcourage gegen rechts zeigen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in OWL stellt neue Broschüre vor



Bielefeld (sig). Zwei Gesichter hat die neue Broschüre, die die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Ostwestfalen-Lippe jetzt veröffentlicht hat: Es geht um die rechte Szene – und darum, was man gegen sie tun kann.

Viele Elemente der extremen Rechten werden beleuchtet. Bands und Labels sind ebenso Teil der Darstellung wie das politische Engagement von Parteien und die Kultstätten für extreme Rechte und Neonazis.

Engagieren sich gegen Neonazis | FOTO:
REIMAR OTT

Dem gegenüber steht das bürgerschaftliche Engagement gegen rechts – getragen von

Initiativen, Bündnissen und Vereinen in der Region. Vorgestellt werden unter anderem das Bielefelder Bündnis gegen rechts, die Initiative Antifa West, das Vlothoer Bündnis "Gemeinsam gegen das Collegium Humanum" und die Sozialistische Kulturarbeit Gütersloh (SKA). "Leider konnten nicht alle Initiativen aufgenommen werden, aber das Engagement in der Region ist sehr groß", sagt Abel Deuring von der Antifa West.

Link zum Thema

Mehr Informationen zur Broschüre unter www.ake-bildungswerk.de.

nw-news.de ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.

In der Broschüre geben die Initiatoren sowohl denen ein Gesicht, die sich gesellschaftlich gegen rechts engagieren – als auch dem Rechtsextremismus in der Region. Wie präsent der ist, beweist die Zahl der Fälle, die die Mobile Beratung im vergangenen Jahr betreut hat. "Um 23 Fälle haben wir uns 2012 gekümmert. In Löhne hat beispielsweise die Justizopferhilfe, ein Bündnis, das eindeutig der rechten Szene zuzuordnen ist, ein Büro eröffnet. Wir haben den Aufbau des Gegenbündnisses begleitet", sagt Karsten Wilke von der Mobilien Beratung. "Gut funktionierendes Netzwerk"

Ziel seiner Arbeit sowie aller Initiativen sei es, Kontinuität der Arbeit gegen rechts zu schaffen. "Wir haben ein gut funktionierendes Netzwerk aufgebaut. Das gilt es zu stärken", sagt Wilke. Doch dieses Ziel sei in Gefahr. Nur noch bis Ende des Jahres werden die fünf Beratungsstellen in NRW, die 2008 ihre Arbeit aufgenommen haben, vom Bundesfamilienministerium finanziert – bisher mit je 51.000 Euro im Jahr. "Wir wünschen uns, dass Bund und Land ihrer Verantwortung nachkommen und das Projekt aufrechterhalten", sagt Wilke. Eine Entscheidung dagegen sei auch eine Entscheidung der Politik gegen Zivilcourage.

Eine Meinung, die auch Klaus Rees vom Bielefelder Bündnis gegen rechts und Janina Hirsch, Jugendbildungsreferentin beim DGB Ostwestfalen-Lippe, teilen. "Von der Landesregierung erwarten wir, wie im rot-grünen Koalitionsvertrag vorgesehen, den Beschluss eines Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus", sagt Rees.

Dokumenten Information

Copyright © Neue Westfälische 2013
Dokument erstellt am 17.02.2013 um 10:32:21 Uhr
Letzte Änderung am 17.02.2013 um 10:35:05 Uhr

URL: http://www.nw-news.de/owl/?em_cnt=7912046&em_loc=279